

Missbrauch des Telephons = L'emploi abusif du téléphone

Autor(en): [s. n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Technische Mitteilungen / Schweizerische Telegraphen- und Telephonverwaltung = Bulletin technique / Administration des télégraphes et des téléphones suisses = Bollettino tecnico / Amministrazione dei telegrafi e dei telefoni svizzeri**

Band (Jahr): **20 (1942)**

Heft 5

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-873276>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

rungsdienstes leicht als etwas weit Entferntes zur Kenntnis genommen. Das Ansehen der Verwaltung ist aber unbestreitbar mit diesem Dienste verbunden, da auch der gutmütigste Teilnehmer lange Störungswartezeiten und immer wiederkehrende Fehler als Nachlässigkeit empfindet.

Störungen wird es immer geben, aber wenn der Störungsdienst vernachlässigt wird, so wird es deren *mehr* geben. Das zu verhindern oder wenn möglich die Zahl der Störungen zu verringern, muss unser Ziel sein. Dazu gehört aber eine zweckmäßige Ausrüstung, welche die tägliche Kleinarbeit mit einem Minimum an Arbeitsaufwand bewältigen lässt und gleichzeitig die Arbeitsfreudigkeit wachhält.

H. Engel.

lorsque quelque chose ne fonctionne plus comme il faut. Aussi longtemps que ce service se fait à un tel degré de perfection qu'il ne donne lieu à aucune réclamation sérieuse, on ne le connaît que vaguement. Et cependant, le prestige de l'Administration est incontestablement lié à ce service, vu que même l'abonné le plus débonnaire s'imaginera que les dérangements de longue durée et les défauts répétés sont dus à la négligence.

Il y aura toujours des dérangements; mais si le service qui s'en occupe est négligé, il y en aura *davantage*. Nous devons nous poser comme but non seulement d'empêcher que leur nombre s'accroisse, mais de faire en sorte qu'il diminue. Mais pour ce faire, on doit disposer d'une installation appropriée qui permette d'accomplir le menu travail journalier en un minimum de temps et qui stimule du même coup le goût du travail.

Missbrauch des Telephons.

351.818.

Die Automatisierung des Telephonnetzes, die das Telephon zu einem immer bequemeren und unentbehrlicheren Hilfsmittel des täglichen Verkehrs macht, hat andererseits auch eine gewisse Anonymität begünstigt, indem man bei automatisch hergestellten Verbindungen leichter „unbekannt“ telephonieren kann. Dieser Umstand reizt gelegentlich gewisse Leute, ihre „lieben Mitmenschen“ durch schikanöse Telephonaufrufe anonym zu belästigen, wobei gewisse Spielarten geradezu raffiniert anmuten, wie beispielsweise jener Fall, wo ein Abonnent monatelang fast täglich aufgerufen wurde, um jeweilen nichts anderes als den Ton einer Kindertrompete zu vernehmen. Wenn auch nicht häufig, so werden doch von Zeit zu Zeit solche Reklamationen laut, so dass es von einigem Interesse sein mag, kurz zu erfahren, wie die Rechtsordnung auf einen derartigen Missbrauch des Telephons reagiert. Es handelt sich in der Tat um einen eigentlichen Missbrauch; denn das Telephon ist dem Publikum zur Verfügung gestellt, um den gegenseitigen Verkehr und das Zusammenleben zu fördern, nicht um sie zu stören.

Die PTT-Verwaltung als Inhaberin des Telephonregals mit ihrer zahllosen Kundschaft hat selbstverständlich ein grosses Interesse daran, dass ihre telephonischen Einrichtungen nicht zur Belästigung von Telephonabonnenten benützt werden. Wo sie solchen Unfug feststellt, schreitet sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ein. Aber auch dem belästigten Abonnenten gibt das Recht Abwehrmittel in die Hand, um direkt gegen den Belästiger vorzugehen. Der Rechtsschutz ist verwaltungsrechtlicher, strafrechtlicher oder zivilrechtlicher Natur. Bevor indessen Sanktionen ergriffen werden können, muss eine bestimmte Person als Täter einwandfrei ermittelt sein. Dies verursacht u. U. erhebliche Umtriebe und Kosten.

a) Verwaltungsrechtlicher Schutz.

Das Telegraphen- und Telephonverkehrsgesetz (TVG) und die Telephonordnung enthalten zwar keine Bestimmung, die sich ausdrücklich mit schika-

L'emploi abusif du téléphone.

351.818

Si l'automatisation du réseau téléphonique a facilité l'emploi du téléphone et l'a rendu de plus en plus indispensable dans les relations quotidiennes, elle a, en revanche, aussi favorisé un certain anonymat, car il est devenu plus facile de téléphoner „incognito“ depuis que les communications sont établies automatiquement. C'est ce qui engage occasionnellement certaines personnes à molester leurs „chers concitoyens“ par des appels anonymes chicaniers d'un raffinement souvent diabolique, tel le cas d'un abonné qui, des mois durant, devait répondre presque quotidiennement à des appels pour n'entendre que le son d'une trompette d'enfant. Sans être très fréquentes, des réclamations s'élèvent cependant de temps à autre à ce sujet, de sorte qu'il peut paraître intéressant d'apprendre brièvement de quels moyens juridiques on dispose pour réagir contre de pareils abus du téléphone. Il s'agit, en effet, d'un abus proprement dit; car le téléphone est mis à la disposition du public pour favoriser les relations mutuelles et la communauté de vie, et non pour les déranger.

L'Administration PTT comme détentrice de la régle du téléphone desservant une innombrable clientèle a naturellement un grand intérêt à ce que ses installations ne soient pas utilisées en vue d'importuner les abonnés au téléphone. Lorsqu'elle constate des irrégularités de ce genre, elle intervient avec tous les moyens dont elle dispose. Mais la loi donne aussi à l'abonné molesté les moyens de procéder directement contre celui qui l'importune. La protection juridique découle du droit administratif, du droit pénal et du droit civil. Mais avant de prendre des sanctions, on doit pouvoir déterminer incontestablement l'auteur des appels anonymes, ce qui peut occasionner un travail et des frais considérables.

a) Protection assurée par le droit administratif.

La loi réglant la correspondance télégraphique et téléphonique (LCT) ne contient, il est vrai, aucune disposition traitant expressément les appels télé-

nösen Telefonaufrufen befasst. Art. 27 TVG gibt aber der Verwaltung die Befugnis, bestehende Abonnemente jederzeit auf 30 Tage zu kündigen, wenn „wichtige Gründe“ vorliegen. Diese Voraussetzung trifft dort zu, wo Abonnenten nachweisbar wiederholt und trotz Verwarnung andere Telephonteilnehmer durch schikanöse Telefonaufrufe belästigen. Die Verwaltung geht in der Regel so vor, dass sie den fehlbaren Abonnenten schriftlich verwarnt und ihm für den Wiederholungsfall die Kündigung oder wenigstens die vorübergehende Sperrung des Anschlusses androht. Schon eine derartige Verwarnung hat sich bisher immer als wirksame Massnahme erwiesen; die Aufhebung eines Anschlusses war unseres Wissens noch nie notwendig. Sind durch die administrative Untersuchung besondere Kosten entstanden, so dürfen sie dem Urheber der schikanösen Anrufe überbunden werden; denn er hat sich einer rechtswidrigen Handlung schuldig gemacht und ist deshalb für die dadurch der Verwaltung verursachten Umtriebe schadenersatzpflichtig.

Es sind gelegentlich Zweifel darüber entstanden, ob die Verwaltung im Hinblick auf das Telephongeheimnis dem belästigten Telephonteilnehmer die Nummer des Anschlusses bekanntgeben darf, von dem die schikanösen Anrufe ausgehen. Der aufgerufene Abonnent ist kein Dritter im Sinne der Bestimmungen über das Telephongeheimnis (Art. 6 TVG) und ohne weiteres berechtigt, Auskunft darüber zu verlangen, von wem er aufgerufen wurde. Die Verwaltung braucht deshalb mit der Bekanntgabe des betreffenden Anschlusses nicht zuzuwarten, bis etwa eine gerichtliche Behörde ein entsprechendes Gesuch stellt; sie darf die Auskunft dem belästigten Teilnehmer direkt geben, damit auch er in die Lage versetzt werde, die ihm gutschheinenden Abwehrmassnahmen zu treffen.

Verwaltungsrechtliche Sanktionen sind nur möglich, wenn die Belästigungen vom Anschluss eines Abonnenten ausgehen, wobei dann allerdings gleichgültig ist, ob vom Teilnehmer selber oder einer dritten Person; denn nach Art. 22 TVG ist der Abonnent auch für den Missbrauch seiner Station durch Dritte verantwortlich. Gehen die Belästigungen nicht von einer Teilnehmer-, sondern von einer öffentlichen Telephonstation aus, so muss sich die Verwaltung nötgedrungen darauf beschränken, an der Feststellung des Urhebers nach Möglichkeit mitzuwirken. In diesen Fällen ist dann vor allem der strafrechtliche und eventuell der zivilrechtliche Rechtsschutz von besonderer Bedeutung.

b) *Strafrechtlicher Schutz.*

Die Straftartikel des TVG enthalten keine Strafandrohung gegen schikanöse Anrufe zur Belästigung der Telephonabonnenten. Das gleiche gilt für das eidg. Strafgesetzbuch. Dieses behandelt in der Hauptsache nur Verbrechen und Vergehen, während es sich bei missbräuchlicher Benützung telephonischer Einrichtungen im Sinne dieser Ausführungen strafrechtlich nur um Uebertretungen handeln kann, die im wesentlichen auch unter der Herrschaft des eidg. Strafgesetzbuches der Gesetzgebungskompetenz der Kantone verbleiben. Es ist nun interessant, festzustellen, dass mehrere Kantone sich veranlasst

phoniques chicaniers. Cependant, l'art. 27 LCT confère à l'Administration le droit de résilier en tout temps, en observant un délai de 30 jours, un abonnement si „des motifs sérieux“ l'obligent à le faire. Cette condition est remplie lorsqu'il a été prouvé qu'un abonné, malgré les avertissements reçus, continue à importuner d'autres personnes par des appels téléphoniques chicaniers. En règle générale, l'Administration avertit par écrit l'abonné coupable et le menace de lui enlever son raccordement en cas de récidive, ou de le bloquer temporairement. Un avertissement de ce genre a toujours été efficace; nous ne connaissons pas de cas où la suppression d'un raccordement aurait été nécessaire. Si les recherches administratives ont causé des frais spéciaux, on peut les mettre à la charge de l'auteur des appels chicaniers qui s'est rendu coupable d'un acte illicite et qui, de ce fait, a l'obligation de rembourser à l'Administration les frais que sa manière d'agir lui a causés.

On a déjà eu des doutes au sujet de la question de savoir si l'Administration, eu égard au secret téléphonique, est autorisée à indiquer à l'abonné molesté le numéro du raccordement d'où proviennent les appels chicaniers. L'abonné appelé n'est pas une tierce personne au sens des dispositions concernant le secret téléphonique (art. 6 LCT); il a sans autre le droit de se faire renseigner par qui il a été appelé. C'est pourquoi l'Administration n'est pas obligée d'attendre, pour nommer le raccordement en cause, qu'une autorité judiciaire présente une demande y relative; il lui est permis de donner le renseignement directement à l'abonné molesté, afin que celui-ci soit aussi à même de prendre les mesures préservatrices qui lui sembleront indiquées.

Les sanctions administratives ne peuvent être appliquées que si les molestations viennent d'un raccordement d'un abonné, peu importe que l'auteur soit l'abonné même ou une tierce personne; car, aux termes de l'art. 22 LCT, l'abonné est aussi responsable de l'utilisation de son poste par des tiers. Si les molestations ne viennent pas d'un poste d'abonné, mais d'une station publique, l'Administration ne pourra forcément que coopérer à la découverte de l'auteur. Dans ces cas, la protection que confère le droit pénal ou le droit civil s'avérera d'une importance particulière.

b) *Protection assurée par le droit pénal.*

Les dispositions pénales de la LCT ne contiennent pas de propositions comminatoires pour les appels qui sont faits en vue de chicaner les abonnés au téléphone. Il en est de même du Code pénal suisse qui ne traite principalement que les crimes et les délits, alors qu'au point de vue pénal il ne peut s'agir, en cas d'utilisation abusive d'installations téléphoniques au sens du présent exposé, que d'infractions qui, en substance, restent dans les compétences législatives des cantons aussi sous le régime du Code pénal suisse. Il est dès lors intéressant de constater qu'à l'occasion de l'introduction du Code pénal suisse, plusieurs cantons ont cru devoir expressément déclarer punissable, dans le droit pénal cantonal des contraventions, l'emploi abusif du télé-

sahen, bei Einführung des eidg. Strafgesetzbuches im kantonalen Uebertretungsstrafrecht den Missbrauch des Telephons zur Belästigung anderer Personen ausdrücklich unter Strafe zu stellen. Die PTT-Verwaltung und die Telephonabonnetten können diese Fürsorge des kantonalen Gesetzgebers nur begrüssen. So wird nach Art. 22 des bernischen Gesetzes betreffend die Einführung des Schweiz. Strafgesetzbuches „mit Busse bis zu 100 Fr. oder mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft, wer aus Bosheit oder Mutwillen die telephonischen Einrichtungen, Läutwerke oder Alarmvorrichtungen zur Beunruhigung oder Belästigung eines andern missbraucht“. Im wesentlichen die gleiche Vorschrift besteht in den Kantonen Luzern (Gesetz über die Einführung des StGB, § 47), Solothurn (Gesetz über das kant. Strafrecht, § 26), Schaffhausen (Gesetz über die Einführung des StGB, Art. 19), St. Gallen (Gesetz über die Einführung des Schweiz. StGB, Art. 50), Aargau (Uebertretungsstrafgesetz, § 34), Thurgau (Gesetz betr. die Einführung des StGB, § 42). Auch im Kanton Zug kann der Missbrauch telephonischer Einrichtungen auf Grund von § 15 des Polizeistrafgesetzbuches („Wer durch Lärm oder Unfug den Frieden oder die Ruhe stört, oder jemand belästigt, wird mit Busse oder mit Haft bestraft“) polizeilich geahndet werden.

Ein Telephonabonnet, der in einem der genannten Kantone durch schikanöse Aufrufe belästigt wird, kann somit ohne weiteres bei der Polizei Anzeige einreichen. Hat die Verwaltung in der gleichen Sache bereits eine administrative Untersuchung geführt und in deren Verlauf den Täter eruiert, so wird sie, gestützt auf Art. 7 TVG, der Polizei auf entsprechendes Gesuch vom Resultat ihrer Erhebungen Kenntnis geben. Andererseits ist auch die Verwaltung befugt, selbständig oder im Anschluss an die Anzeige des belästigten Abonnetten bei der Polizei Bestrafung des Täters zu verlangen.

Sind schikanöse Telephonaufrufe mit Beleidigungen des aufgerufenen Abonnetten oder dritter Personen verbunden, so kann nach den Bestimmungen des eidg. Strafgesetzbuches wegen Ehrverletzung geklagt werden, gegebenenfalls in Verbindung mit den obenerwähnten kantonalen Uebertretungstatbeständen. Während indessen schikanöse Aufrufe u. U. schon durch die blosser Feststellung der Verwaltung, dass Abonnet X von Abonnet Y zu bestimmten Zeiten wiederholt aufgerufen wurde, bewiesen werden können, lässt sich eine Ehrverletzungsklage nur dann mit Erfolg betreiben, wenn dritte Personen das betreffende ehrverletzende Gespräch mitangehört haben und darüber Zeugnis ablegen.

c) Zivilrechtlicher Schutz.

Belästigungen durch das Telephon können schliesslich auch als unbefugte Verletzung der Persönlichkeitsrechte des aufgerufenen Telephonteilnehmers im Sinne von Art. 28 des ZGB qualifiziert werden. Nach diesem Artikel kann, „wer in seinen persönlichen Verhältnissen unbefugterweise verletzt wird, auf Beseitigung der Störung klagen“. Zu den vom Gesetz geschützten persönlichen Verhältnissen gehören auch der persönliche Friede und die persönliche Ruhe,

phone en vue de molester des personnes. L'Administration PTT et les abonnés ne peuvent qu'approuver cette prévoyance du législateur cantonal. C'est ainsi que l'art. 22 de la loi bernoise sur l'introduction du Code pénal suisse précise: „Celui qui, par malveillance ou témérité, aura abusé d'installations téléphoniques, de sonneries ou d'appareils d'alarme pour inquiéter ou molester autrui sera puni d'une amende de 100 fr. au plus ou des arrêts pour 8 jours au plus.“

A peu près les mêmes prescriptions sont appliquées dans les cantons de Lucerne (loi sur l'introduction du C. P., § 47), Soleure (loi sur le droit pénal cantonal, § 26), Schaffhouse (loi sur l'introduction du C.P., art. 19), St-Gall (loi sur l'introduction du C.P., art. 50), Argovie (loi pénale sur les contraventions, § 34), Thurgovie (loi sur l'introduction du C.P., § 42). Dans le canton de Zoug également, l'emploi abusif des installations téléphoniques peut être puni, sur la base du § 15 du Code pénal de police. („Celui qui, par du bruit ou par malignité, trouble la paix ou le repos d'autrui, ou moleste quelqu'un, est puni d'une amende ou des arrêts.“)

Vu ce qui précède, un abonné qui, dans l'un des cantons mentionnés ci-haut, est molesté par des appels chicaniers, peut les dénoncer sans autre à la police. Si l'Administration a déjà procédé à une enquête administrative dans la même affaire et qu'elle a pu identifier le délinquant, elle donnera sur demande, en s'appuyant sur les dispositions de l'art. 7 de la LCT, connaissance à la police du résultat de ses recherches. D'autre part, l'Administration peut de son propre chef ou à la suite de la dénonciation par l'abonné molesté demander à la police que le délinquant soit puni.

Si les appels téléphoniques chicaniers sont accompagnés d'offenses à l'adresse de l'abonné appelé ou de tierces personnes, on a la possibilité, selon les dispositions du Code pénal suisse, de porter plainte pour atteinte à l'honneur, le cas échéant en corrélation avec les dispositions du droit pénal des cantons mentionnés plus haut. Mais tandis que des appels chicaniers peuvent être prouvés suivant les circonstances par la simple constatation de l'Administration que l'abonné X a été appelé par l'abonné Y à plusieurs reprises et à des heures fixes, une plainte pour atteinte à l'honneur ne peut être poursuivie avec succès que si des tierces personnes ont également entendu la conversation en cause et l'attestent.

c) Protection assurée par le droit civil.

Au sens de l'art. 28 du Code civil, les molestations par téléphone peuvent être aussi qualifiées d'atteinte aux droits de personnalité de l'abonné appelé. Aux termes de cet article, „celui qui subit une atteinte illicite dans ses intérêts personnels peut demander au juge de la faire cesser“. Les intérêts personnels protégés par la loi comprennent également la paix et le repos personnels qui, sans aucun doute, sont diminués par les appels téléphoniques chicaniers. Si

welche durch schikanöse Telefonaufrufe zweifellos beeinträchtigt werden. Ist diese Beeinträchtigung besonders schwer, was in dem eingangs erwähnten Fall zutraf, wo der belästigte Teilnehmer wegen der fast täglichen schikanösen Aufrufe und des dadurch verursachten Aergers gesundheitlichen Schaden erlitt, so kann der Richter der geschädigten Partei nach Massgabe von Art. 49 OR auch eine Geldsumme als Genugtuung zusprechen. T.

cette diminution de la paix et du repos est particulièrement grave, comme elle le fut dans le cas mentionné au début du présent article, où le dépit causé par les appels chicaniers presque journaliers altéra sérieusement la santé de l'abonné molesté, le juge peut condamner le délinquant à payer à la personne lésée, à titre de réparation morale, une somme d'argent, ceci conformément aux dispositions de l'art. 49 du Code des obligations.

Aus der Geschichte des schweizerischen Telegraphen.

Von F. Luginbühl, Zürich.

(Fortsetzung.)

654.14(494)(09)

IV. Telegraphenleitungen und -schaltungen.

Steinheil hatte in seinem Linienprojekt (Abb. 1), nach dem der erste Bau im grossen und ganzen durchgeführt wurde²⁴⁾, eine Erfahrung zu Nutzen gezogen, die einen grossen Vorteil gegenüber dem Entwurf des eidg. Baudepartementes bedeutete: er sah, soweit möglich, geschlossene Kreise vor, damit bei Unterbrechungen kein Bureau abgeschnitten würde.

Am 1. Juli 1852 begann man in der Stadt Zürich mit der Aufstellung der Telegraphenstangen längs des Fröschengrabens (Abb. 6) zum Anschluss der ersten drei in Zürich einmündenden Leitungen: Baden—Brugg—Lenzburg—Aarau—Zofingen, Winterthur—Schaffhausen, Thalwil—Horgen—Zug—Wädenswil—Schwyz, mit Fortsetzungen nach Plan.

Am 15. Juli schon erhielt das Telegraphenbureau Zürich die ersten Zeichen von St. Gallen; „Anfrage und Antwort brauchten zusammen 30 Sekunden“, sagt der Bericht einer Tageszeitung. Die Wahl des neuen Bundesgerichtspräsidenten wurde am 10. August durch den Telegraphen verbreitet. Am 7. September wurde das Bureau Aarau im Postgebäude eröffnet, und am 8. September lief auch bereits die erste polizeiamtliche „telegraphische Depesche“ von Zürich ein: In der vorangegangenen Nacht war nämlich bei Rittmeister Bürkli ein bedeutender Gelddiebstahl und in Horgen ein grosser Uhrendiebstahl verübt worden. Eine Warnung an die Langfingerzunft!

²⁴⁾ Die 200 km lange Linie durch das Wallis über den Nufenen nach Airolo kam nicht zustande. Die Walliser Regierung war dem Telegraphen abhold. Ferner verweigerte die sardinische Verwaltung einen Anschluss über den Simplon. In Verhandlungen des Telegraphendirektors Dr. Brunner mit einem Mitglied der Regierung des Kantons Wallis wurde 1853 die Verlängerung von Villeneuve nach Sitten beschlossen; sie wurde 1854 ausgeführt. 1859, anlässlich der Grenzbesetzung wegen des italienischen Krieges, verlängerte man die Leitung von Bundes wegen nach Brig und Simplondorf, im Juli bis Hospiz, wo Mönche den Telegraphen bedienten. 1862 wurde der Draht zu einer Verbindung Genf—Sitten—Brig—Simplon—Gondo—Mailand verwendet. 1870 wurde ein Draht von Brig nach Gletsch gezogen, und es wurden Belalp und Eggishorn angeschlossen. Der Anschluss über die Furka nach Andermatt folgte 1874. (Interessant ist bei dieser Gelegenheit folgende Aufzählung: eine durchgehende Telegraphenleitung erhielten 1853 Julier und Maloja, 1854 der Brünig, 1855 der Berninapass. Telegrapheneinrichtungen erhielten die Hospize Simplon 1859 (siehe oben), Bernina 1871, Flüela 1873, Furka und Grimsel 1874, Julier 1875, Ofenberg 1877, Grosse St. Bernhard und Maloja 1885, St. Bernhardin 1887. Siehe „Telegraph und Telephon auf den Alpenstrassen“, von Alfred Lehmann, TM. 1931, S. 23 ff.)

Dem Publikum wurde die Aufgabe von Telegrammen im Innern der Schweiz zuerst kostenlos gestattet, zur Einübung der Beamten und zum Einspielen der Einrichtungen. Eine provisorische Verordnung des Post- und Baudepartementes über die Benutzung der elektrischen Telegraphen für den Verkehr im Innern der Schweiz wurde am 25. November herausgegeben, und Sonntag den 5. Dezember wurde das schweizerische Telegraphennetz allgemein eröffnet.

Ein Problem für den Betrieb bildete der Anruf der Stationen, da von einem Bureau aus jedes andere im ganzen Netz direkt angerufen werden sollte. Von Zofingen aus, wo alle vier Hauptlinien einmündeten, wurden die Leitungen von 1 bis 4 nummeriert:

1. Zofingen—Basel—Lausanne—Genf,
2. „ —Bern—Freiburg—Vevey (—Brig),
3. „ —Luzern—Gotthard—Chiasso,
4. „ —Zürich—St. Gallen—Chur—Bellenz—Locarno.

Jede Linie war in Partialketten geteilt, und diese waren durch Translationen in den Hauptstationen untereinander verbunden. Jede Partialkette bekam wieder eine Nummer; Abzweigungen wurden neu nummeriert, und schliesslich auch die Stationen. Zofingen hatte den Ruf 0 oder ——— (Strich von 6 Einheiten); Basel den Ruf 1.1 oder . . . ; Lausanne 1.5 oder . — — ; Bern 2.2 oder ; Vevey 2.4 oder . . . — — ; Luzern 3.1 oder ; Bellenz 3.5 oder . . . — — ; Aarau 4.1.1 oder . — — . . . ; Zürich 4.2 oder . — — . . . ; Winterthur 4.2.1.1 oder . — — ; Richterswil 4.3; Uznach 4.4; St. Gallen 4.5; Frauenfeld 4.5.1.1.3; Ragaz 4.8; Chur 4.9; Splügen-Dorf 4.10; Bellenz 4.11 (also hatte Bellenz zwei verschiedene Anrufe, nämlich 3.5 und 4.11); Locarno 4.12 oder

Da das rufende Bureau sein Zeichen ebenfalls geben musste, war das Verfahren schwerfällig und erheischte grosse Aufmerksamkeit. Man änderte es im Jahre 1854, gab den grossen Endämtern fortlaufende Nummern, mit 1 bei Genf beginnend, und nummerierte auch jedes Bureau, das in den Teilketten des Endamtes eingeschlossen war, fortlaufend. Zürich bekam den Ruf 8, Winterthur 8.1, Männedorf 8.6, Glarus 8.19, St. Gallen 10, Rorschach 10.8, Chur 11 und das letzte Bureau im Engadin, Zuoz, 11.4. Für die Anrufzahlen verwendete man Abkürzungen, aber nicht die internationalen, sondern systematische. Mit der Vermehrung der Bureaux und Leitungen